

# Verantwortbarer Kapitalismus

Die Sozialinitiative, das Gemeinsame Wort und das politische Mandat der Kirchen in Deutschland<sup>1</sup>



Die sozial- und wirtschaftspolitischen Stellungnahmen der beiden großen Kirchen in Deutschland zielen nicht darauf ab, Politik zu machen, sondern Politik zu ermöglichen. Durch Besinnung auf das Christsein wollen sie differierende Standpunkte miteinander ins Gespräch bringen und die Suche nach Kompromissen unterstützen. Der folgende Beitrag zeichnet exemplarisch die Positionen der ökumenischen Sozialinitiative 2014 und des gemeinsamen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 nach. Erkennbar werden sowohl der kirchliche Beitrag zu einem allgemeinen Werte- und Vertrauenskonsens als auch die spezifisch christliche Argumentation. So können Interessengegensätze relativiert und Kompromissfähigkeit als Basis gemeinsamen Handelns herausgestellt werden. Der Preis ist ein oft kritizierter Mangel an Konkretion und eindeutiger politischer Stellungnahme.



Gerhard Wegner

Die damaligen (2014) ersten Reaktionen auf den neuen gemeinsamen Text von evangelischer und katholischer Kirche in Deutschland: „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Die Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung“<sup>2</sup> (= „Sozialinitiative“) waren insgesamt sehr positiv, wenn nicht gar euphorisch. Von allen gesellschaftlichen Lagern gab es breite Zustimmung. Nahezu alle großen Organisationen, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und fast alle Parteien begrüßten die Initiative der Kirchen, mit einem poin-

tierten 10 Thesen Papier für die Erneuerung einer solidarischen Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland zu werben. Entsprechend lauteten auch die Überschriften in den großen deutschen Zeitungen: „Gier sei schuld an Finanzkrisen. Kirchen prangern Auswüchse des Kapitalismus an“ (FAZ), „Kirchen warnen vor menschenfeindlicher Wirtschaftsordnung“ (Die Zeit), „Kirchen kritisieren die Gier der Wirtschaft“ (TAZ), „Die Kirchen geißeln Gier und loben den Staat“ (Die Welt), „Kirchen wollen eine erneuerte Wirtschaftsordnung“ (Idea, Evangelische Nachrichtenagentur). So oder ähnlich klang es zur Veröffentlichung des Papiers überall.

fahrung der großen Krise 2008/2009 im Nacken. Diese Krise, so war man sich einig, ist in Deutschland wenigstens bis auf Weiteres – durch eine gründliche Rückbesinnung auf die Qualitäten des klassischen Sozialmodells mit seiner lagerübergreifenden Kompromiss- und Konsensorientierung bewältigt worden. In der Krise bewährte sich der „rheinische Kapitalismus“- allen neoliberalen Unkenrufen zum Trotz. Genau an diesen ordnungspolitischen Qualitäten setzt das Papier an und versucht, sie in ökologischer, demografischer und sozialer Hinsicht weiter zu entwickeln, ohne dabei den Boden geteilter Interessenlagen zu verlassen. Betont wird deswegen am Anfang und am Ende – auf diese Weise die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche rahmend – dass Ökonomie und Ethik keinen Gegensatz bilden können. Sollte ein solcher Eindruck dennoch entstehen, so hätte man davon auszugehen, dass in der Ökonomie etwas nicht stimme. In dieser Hinsicht

## Ökonomie und Ethik sind kein Gegensatz

Und damit wurde auch getroffen, was gemeint war. Das Papier wirbt im Kern darum, einen verantwortbaren Kapitalismus zu gestalten; in dieser Hinsicht die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, sodass wieder das Primat der Politik gilt und nicht die Finanzmärkte eine Diktatur über das gesamte wirtschaft-

liche und gesellschaftliche Leben ausüben können. Die beiden Kirchen insgesamt, und den Autoren des Papiers insbesondere, saß immer noch die Er-

<sup>1</sup> Der Text nimmt Gedanken auf, die der Autor bereits veröffentlicht hat in: Wegner: Transzendentaler Vertrauensvorschuss. S. 95–101.

<sup>2</sup> Am besten zugänglich über [www.ekd.de](http://www.ekd.de). Erschienen als Heft 22 der Gemeinsamen Texte, Hannover und Bonn 28.2.2014.